

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreis für den Monat bei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel-Expedition Dresden-L., Mühlbühlstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Hauptabdruck: "Arbeiterstimme" Dresden / Spredstunden der Schließung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabends)

2. Jahrgang Dresden, Freitag den 12. Februar 1926 Nummer 36

## Rückzugsmanöver!

### Linke Sozialdemokraten verhindern die sofortige Auflösung des Landtages!

#### Erklärung der kommunistischen Fraktion

In der gestrigen Sitzung des Landtages verhinderten die linken Sozialdemokraten durch ihren Widerspruch die sofortige Schlußberatung und damit die Abstimmung über den Antrag auf Auflösung des Landtages. Die Schlußberatung des kommunistischen Antrages wird in der nächsten Landtagssitzung, am Dienstag, erfolgen. Bei der Begründung des kommunistischen Antrages auf Auflösung des Landtages gab im Auftrag der Fraktion der Genosse Böttcher folgende Erklärung ab:

Seit Jahren kämpfen die sächsischen Arbeiter für den Sturz der Koalitionsregierung und für die Auflösung des Landtages. Auch innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterfraktion ist einmütig der Wille vorhanden, die Landtagssitzung auf dem kürzesten und schnellsten Wege herbeizuführen. Der direkte Weg zur Landtagssitzung ist die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum kommunistischen Auflösungsantrag. In der sozialdemokratischen Arbeiterfraktion ist bis zum Landesparteitag der SPD. diese Form der Auflösung täglich propagiert worden. Sogar die linkssozialistische Presse Sachsens hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die SPD-Fraktion lange genug Zeit gehabt habe, einen Auflösungsantrag zu stellen und daß der kommunistische Auflösungsantrag zu begrüßen sei.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat auf dem Landesparteitag den ursprünglichen Willen der sozialdemokratischen Arbeiter durchkreuzt. Der Landesparteitag hat die Hoffnungen der sozialdemokratischen Arbeiter nicht erfüllt. Hinter verschlossenen Türen hat die linke Führergemeinde der sozialdemokratischen Fraktion ein Bündnis mit dem Parteivorstand und mit den Rechten abgeschlossen. Durch dieses Verwirrungsmanöver ist vor der Arbeiterfraktion die ursprünglich eindeutige Situation verschleiert worden.

Die Kapitulation der linken Führer vor dem Parteivorstand zwingt dieselben, im Wahlkampf die Politik des Parteivorstandes zu decken. Auf Kosten der Arbeiter hat die Fraktion wieder einmal gesiegt. Der Landesparteitag hat durch die Einigung zwischen Rechten und Linken eine Situation geschaffen, nach der die gesamte SPD. für die Koalitionsregierung als Partei verantwortlich ist.

Die Erwerbslosenanträge der SPD. in Verbindung mit dem Ferkungsantrag sind unter der Maske des Scheinkampfes gegen die Bourgeoisie ein Entlastungsmanöver für die Rechten und die Verbrechen der bisherigen Koalitionspolitik. Der Parteivorstand mißbraucht die sozialdemokratischen Arbeiter zur Vertuschung und Verschleiierung der arbeitereindlichen Koalitionspolitik. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes soll nach der Fiktion der Parteivorstandes und der linken Führer nicht die unerschütterliche Koalitionspolitik der Selbstregierung stehen, sondern die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge der SPD. durch die bürgerlichen Parteien.

Um den konterrevolutionären und arbeitereindlichen Charakter der bürgerlichen Parteien zu brandmarken, ist in den Forderungen dieser Parteien und der mit diesen Parteien eng verbundenen Unternehmerverbände und bürgerlichen Organisationen tausendfältiges Beweismaterial vorhanden. Die Politik der Lutherregierung, die verwerfliche Zoll- und Steuerpolitik, die Verschleierung des Achtundzestages, der ungenügende Lohndruck, Mietwucher und Wohnungsmangel, Wirtschaftskrisis und Erwerbslosigkeit, sowie der Stand der Arbeiterbewegung sind eine Wahlplattform, wie sie die Arbeiter im Kampfe gegen die Bourgeoisie nicht besser wünschen können. Aber die Sozialdemokratie ist durch ihre Koalitionspolitik zum verantwortlichen Mitschuldigen an dem Wahnsinn auf allen Gebieten geworden. Und diese Tatsache will die Linke im Verein mit der Rechten und dem Parteivorstand vor der Arbeiterfraktion verschleiern durch ihr agitatorisches Manöver mit den Anträgen zur Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot.

Haben bisher die Sozialdemokraten jede entscheidende Maßnahme zur Besserung der Lage der Erwerbslosen und zur Beseitigung der Wohnungsnot abgelehnt, ja haben sie sogar gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gestimmt, so soll jetzt diese Politik des Arbeiterverrats durch demagogische Scheinkämpfe für Arbeiterforderungen verschleiert werden. Der Zweck dieses Manövers ist die Verschleiierung der arbeitereindlichen Folgen der Koalitionspolitik. Die Grundfrage: Koalitionsregierung oder Auflösung der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit im Interesse der Arbeiterfraktion mit allen Mitteln des Klassenkampfes, soll vor der Arbeiterfraktion nicht aufgestellt werden. Die Arbeiterfraktion darf sich durch die Verwirrungs-

manöver der SPD. nicht von ihren ursprünglichen Forderungen: Sturz der Selbst-Regierung und sofortige Auflösung des Landtages, abbringen lassen. Die kommunistische Partei wird alle Mittel anwenden, um dieses Ziel zu erreichen. Sie wird aber auf härteste alle Manöver zur Hinausschiebung der Landtagssitzung und zur Unterdrückung der Koalitionsregierung bekämpfen.

Der demagogische Charakter der sozialdemokratischen Anträge wird vor jedem Arbeiter enthüllt durch die Haltung der SPD. gegenüber den kommunistischen Anträgen zur Erwerbslosenfrage und zur Frage der Arbeitszeit. Eine Reihe wichtiger Anträge der Kommunisten in diesen Fragen sind von der SPD. gemeinsam mit den deutschnationalen niedergestimmt worden. Nach vor wenigen Wochen haben die Sozialdemokraten einen kommunistischen Antrag auf Erhöhung der bestehenden Erwerbslosenunterstützungsätze um 50 Prozent und für die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, sowie zur Erstattung der Werte für alle Erwerbslosen und ausreichende Belieferung mit Brennmaterial und Kartoffeln mit den deutschnationalen Volksparteilern und den sächsischen deutschnationalen gemeinsam abgelehnt.

Die kommunistische Partei wird ihren Kampf in einer Weise führen, der es der SPD. unmöglich macht, vor der Auflösung des Landtages und vor dem Sturz der Selbst-Regierung auszuweichen.

Die kommunistische Partei fordert im Interesse der Arbeiterfraktion Garantien von der sozialdemokratischen Landtagssitzung, daß die gesamte Fraktion der SPD. einheitlich und geschlossen den Willen des sozialdemokratischen Landesparteitages durchführt und für die Auflösung stimmt. Die sozialdemokratische Fraktion muß offen erklären, ob sich die Mitglieder der SPD. nunmehr den Beschlüssen der sozialdemokratischen Arbeiter unterwerfen und der Auflösung zustimmen, oder ob einige rechte sozialdemokratische Führer wiederum auf die Beschlässe der Arbeiterfraktion pfeifen und das Wohlwollen der Bourgeoisie höher einschätzen als den Willen der Proletarier.

Die kommunistische Partei fordert die gesamte Arbeiterfraktion Sachsens auf, in allen Gewerkschaften und Betrieben, in Versammlungen und Kundgebungen den Kampf für den Sturz der Selbst-Regierung und für die Auflösung des Landtages energisch weiterzuführen, sich durch die sozialdemokratischen Verwirrungsmanöver nicht beirren zu lassen und in geschlossener Einheitsfront den Anschlägen der Reaktion gegenüberzutreten. Das Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Beschlüsse des Landesparteitages der SPD. vom 31. Januar ist in vollem Umfange herabgesetzt. Das beweist die Behandlung der Auflösungsfrage durch die Sozialdemokratie im Landtag. Mit aller Kraft muß der Kampf gegen die rechten Feinde der Auflösung und Freunde der Koalitionsregierung geführt werden. Ebenso unverzüglich muß aber auch der Kampf aufgenommen werden gegen die Saboteure des Auflösungs-willens der Arbeiter im Lager der linken Führer.

Die Situation ist günstig. Die bürgerlichen Parteien haben Angst vor Neuwahlen, weil sie geschwächt in den Landtag zurückkehren werden. Neuwahlen in der jetzigen Situation bieten von vornherein eine Garantie für eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im neuen Landtag. Je schneller die Auflösung herbeigeführt wird und je weniger den sozialdemokratischen Führern von den Arbeitern getollt wird, sich in neue Ruhndelsgeschäfte mit den bürgerlichen Parteien einzulassen, um so schlagkräftiger wird die Arbeiterfraktion in den Wahlkampf ziehen. Der Sturz der Selbst-Regierung, die Ausschaltung der Rechten, die endliche Durchführung einer Maßnahme für die sozialdemokratischen Arbeiter seit Jahren einen für die sozialdemokratischen Arbeiter in der Bildung einer sozialistischen Arbeiterfraktion in Sachsen. Die kommunistische Partei hat bereits erklärt, daß sie bereit ist, eine solche Regierung bei der Durchführung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu führen. Wenn die sächsischen Arbeiter gemeinsam mit den Kommunisten im Wahlkampf bei allen Dingen innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften für dieses Ziel kämpfen, dann wird es möglich sein, die breiten Massen für weitere Ziele zu mobilisieren und die Arbeiterfraktion neue soziale und politische Positionen als Ausgangspunkt für neue Kämpfe zu erobern.

#### 500-Millionengestrichen an die Kapitalisten

Am Mittwoch ist im Reichstag der demokratische Reichsbannerminister Reinhold, Finanzminister Luthers, ehemaliger Finanzminister der Großen Koalition in Sachsen zum erstenmal aufgetreten. Stresemann ist das außenpolitische, Reinhold das innenpolitische Klammerglied des zweiten Lutherkabinetts. Jetzt, nachdem ein Demokrat, ein "Volksmann", die Finanzen in der Hand hat, soll es gründlich anders werden, verkündet die Demokratenpresse: anders als unter Schlieffen, dem deutschnationalen Minister des Steuerabbaus.

Es ist in der Tat anders gekommen. Reinhold in seiner Statorsrede, in der er von Schlieffen abtrifft, ist anders als Schlieffen: er radikalisiert Schlieffen. Der Volks- und Reichsbannerminister Reinhold hat eine offene Hand: für die Kapitalisten, und eine geschlossene Hand: gegen die werktätigen Massen. Wer noch glaubt hat, der Demokrat als Finanzminister werde den werktätigen Massen aus ihrer Steuernot helfen, der ist von dieser Illusion gründlich geheilt. Reinhold hilft durch seine Reform des Schlieffen-Haushalts nur den Kapitalisten. Ihnen schenkt er über 500 Millionen Mark an Steuern.

Zunächst ermäßigt er die Umsatzsteuer um fast die Hälfte. Von ehemals 2 1/2 Prozent fällt damit die Umsatzsteuer auf 0,8 Prozent. Die Preise sind oben geblieben. Alle Redensorten Reinholds vom notwendigen Preisabbau, die er seinem Lehrmeister Luther abgeguckt hat, bleiben gegenüber diesen Tatsachen hohle Phrasen. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer erhöht allein den Profit der Kapitalisten und lenkt im Deutschland des Kartellwuchers die Preise nicht. Die Erhebung der Umsatzsteuer, die wir stets gefordert haben, kommt nur dann den Massen zugute, wenn sie mit wirklichen Preisabbaumaßnahmen verbunden ist. Reinhold aber, statt den wuchernden Truhs und Kartellen zu Leibe zu gehen, fördert sie und ihren Wucher durch seine zweite Steuermaßnahme: die Ermäßigung der Fiktionssteuer um die Hälfte. Die Bildung der großen Truhs soll gefördert werden. Die finanzkapitalistische Konzentration gegen die werktätigen Massen erhält durch den Demokraten einen neuen mächtigen Anstoß. Statt die erhöhten Profitmöglichkeiten, die die Kapitalkonzentration in den Truhs den Finanzmagnaten eröffnet, höher noch als bisher zu besteuern, streicht Reinhold den Herren vom Anilin- und Ruhemontan-Truhs die Hälfte dieser Steuern und erläßt ihnen die Wertzuwachssteuer ganz.

Als dritte Maßnahme sieht Reinhold die Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer vor. Ihr folgt als vierter Eingriff des demokratischen Finanzministers in die Steuern zugunsten des Großkapitals die Herabsetzung der Vermögenssteuer um ein Viertel, und schließlich die Auseinanderziehung der Fälligkeitstermine für diese Steuer. Dadurch wird die Vermögenssteuer, die schon unter Schlieffen nur eine verträglichste Schlichter gewachsen ist, in einen nicht einmal sehr hohen Zuschlag zur Einkommensteuer verwandelt.

Unverändert bleibt der Lohnzehnte; unverändert bleiben die Zölle und die Verbrauchsabgaben. Die Dawes-Steuern, die der Generalagent kontrolliert, müssen voll gezahlt werden. Die Besteuerungen werden dafür den Kapitalisten gestrichen oder ermäßigt. Auf 500 Millionen Mark und mehr berechnet selbst Reinhold die Steuerermäßigung, die er den Kapitalisten als erste seiner Amtshandlungen gutschreibt. Da schmilzt selbst das Herz der maßlosstreuen "Berliner Börsenzeitung", die den Demokraten bisher mit Mißtrauen angesehen hat; sie verdröhert sich mit Reinhold.

Doch mit diesen Gedanken ist das Finanzprogramm Reinholds nicht erschöpft. Er will auch den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern neu regeln. Auf dem Umweg über diesen Finanzausgleich ergängt er die Steuerermäßigungen für das Großkapital und Steuererhöhungen für die breiten Massen. Das Zuschlagsrecht, das er den Ländern und Gemeinden geben will, wird ein Recht vor allem auf Erhöhung der Lohnsteuer sein.

Dah der Demokrat schließlich noch vom Sparen redet, gehört zu seinem Programm der Volksbeglückung. Auch im Sparen bleibt er bei der alten Methode — der Methode des Beamtenabbaus, nur daß er diesen nicht mehr Abbau von Personen, sondern Abbau von Metern nennt.

Die Sozialdemokraten haben das Luther-Kabinett gerettet. Sie haben Vertrauen in seinen Lokarno-Minister Stresemann, in seine demokratischen Minister

Deshalb fort mit dem Landtag! Fort mit der Selbst-Regierung!



Wir führen Wissen.